Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

229. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 1. Juli 2009

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Befragung der Bundesregierung: Bericht zur Deutschen Islam-Konferenz	25557 A	Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	25563 C
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25557 B	Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25564 A
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP)	25558 B	Tagesordnungspunkt 2:	
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25558 C	Fragestunde (Drucksachen 16/13569, 16/13594)	25565 B
Manfred Grund (CDU/CSU)	25559 B	Dringliche Frage 1 Heike Hänsel (DIE LINKE)	
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25559 C	Engagement der Bundesregierung zugunsten der Amtseinssetzung von Honduras rechtmäßigem Präsidenten Manuel Zelaya	
Sevim Dağdelen (DIE LINKE)	25560 A	Antwort Dr. h. c. Gernot Erler, Staatsminister AA	25565 B
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25560 A	Zusatzfragen Heike Hänsel (DIE LINKE)	25565 C
Dr. Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU)	25560 C	Sevim Dağdelen (DIE LINKE)	25566 A
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25560 D	Mündliche Frage 6 Veronika Bellmann (CDU/CSU)	
Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	25561 B	Schlüsse der Bundesregierung aus kritischen Äußerungen des namibischen Altpräsidenten Nujoma über Deutsche	
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25561 C	Antwort Dr. h. c. Gernot Erler, Staatsminister AA	25566 D
Sevim Dağdelen (DIE LINKE)	25562 A	Zusatzfragen Veronika Bellmann (CDU/CSU)	25567 A
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25562 B		
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP)	25562 D		
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMI	25563 A		

Mündliche Fragen 16 und 17
Dorothee Menzner (DIE LINKE)

Unterstützung der insolventen Wilhelm Karmann GmbH in Osnabrück mit öffentlichen Mitteln

Antwort
 Peter Hintze, Parl. Staatssekretär
 BMWi 25568 A, C

Zusatzfrage
 Dorothee Menzner (DIE LINKE) 25568 B

Mündliche Fragen 18 und 19
Manfred Kolbe (CDU/CSU)

Teilverkauf der Verbundnetz Gas AG Leipzig an einen der vier großen Energiekonzerne

Antwort
 Peter Hintze, Parl. Staatssekretär
 BMWi 25569 A

Zusatzfragen
 Manfred Kolbe (CDU/CSU) 25569 B

Mündliche Frage 21
Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ausfuhrgenehmigungen genannte Empfängerstaaten für die Überwachungstechnik von Nokia Siemens Networks oder verbundene Unternehmen; Schritte zur Verhinderung des Zugriffs repressiver Regime auf diese Technik

Antwort
 Peter Hintze, Parl. Staatssekretär
 BMWi 25569 D

Zusatzfragen
 Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 25570 A

Mündliche Frage 30
Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Atomkraftwerke vor Terrorismus

Antwort
 Astrid Klug, Parl. Staatssekretärin
 BMU 25570 D

Zusatzfragen
 Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 25571 A

Mündliche Frage 31
Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aussage der Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, zur Gefährdung der nationalen Sicherheit bei Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken

Antwort
 Astrid Klug, Parl. Staatssekretärin
 BMU 25571 D

Zusatzfragen
 Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 25572 A

Tagesordnungspunkt 3:

Vereinbarte Debatte: Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon

Axel Schäfer (Bochum) (SPD) 25572 C

Markus Löning (FDP) 25574 A

Michael Stübgen (CDU/CSU) 25575 C

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) 25577 B

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 25579 A

Michael Roth (Heringen) (SPD) 25580 D

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU) 25582 A

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE) 25583 C

Dr. Carl-Christian Dressel (SPD) 25584 C

Gunther Krichbaum (CDU/CSU) 25585 D

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) 25587 B

Zusatztagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD: Kritik der Bundesbank an überhöhten Kreditzinsen der deutschen Banken

Ingrid Arndt-Brauer (SPD) 25588 B

Carl-Ludwig Thiele (FDP) 25589 A

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin
 BMELV 25590 A

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) 25591 A

Manfred Zöllmer (SPD) 25591 D

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 25592 D

Olav Gutting (CDU/CSU) 25593 D

Bernd Scheelen (SPD) 25594 C

Julia Klöckner (CDU/CSU) 25595 D

(A) **Dorothee Menzner (DIE LINKE):**
Nein.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Vielen Dank. – Ich rufe die Frage 18 des Kollegen Manfred Kolbe auf:

Wie rechtfertigt die Bundesregierung den Verkauf von circa 48 Prozent der Verbundnetz Gas AG Leipzig, VNG, an einen der vier großen deutschen Energiekonzerne, und sieht die Bundesregierung hier keine Gefahr, dass die Eigenständigkeit der VNG Leipzig beeinträchtigt wird?

Peter Hintze, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Präsidentin, mit Ihrer Genehmigung würde ich gerne die Fragen 18 und 19, die inhaltlich in einem engen Zusammenhang stehen, gemeinsam beantworten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Dann rufe ich jetzt außerdem die Frage 19 des Kollegen Manfred Kolbe auf:

Widersprüche ein solcher Verkauf gemäß Frage 18 nicht der Aussage des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Alfred Tacke, dass mit der VNG Leipzig die fünfte Kraft auf dem deutschen Energiemarkt etabliert werden sollte und deshalb eine Beeinträchtigung der Eigenständigkeit der VNG Leipzig eine erhebliche Einschränkung des Wettbewerbs zur Folge hätte?

Peter Hintze, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

(B) Herr Kollege Kolbe, die Frage des Kaufs oder Verkaufs von Unternehmensanteilen liegt grundsätzlich in der Kompetenz der Anteilseigner sowie der Kaufinteressenten. Die Bundesregierung hat keine rechtliche Möglichkeit, auf die Aktionärsstruktur bzw. das Verhalten der Anteilseigner einzuwirken. Das gilt auch im Hinblick auf den angekündigten Anteilserwerb der Energie Baden-Württemberg, der EnBW AG, an der VNG, der selbstverständlich der kartellrechtlichen Fusionskontrolle unterliegt.

Nachdem sich die EWE AG und die EnBW AG über den Transaktionswunsch im Hinblick auf 47,89 Prozent der VNG-Anteile geeinigt hatten, wurde dieser dem Bundeskartellamt angemeldet. Das Bundeskartellamt hat angekündigt, den beabsichtigten Verkauf an die EnBW AG bis September dieses Jahres zu prüfen. Außer einer Erlaubnis des Bundeskartellamtes bedarf die Umsetzung der Transaktion der Zustimmung der Aktionäre auf einer Hauptversammlung der VNG AG.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen bitte, Herr Kollege.

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, ich habe mit Frage 18 nicht gefragt, ob die Bundesregierung Möglichkeiten hat, etwas zu verhindern, sondern wie die Bundesregierung eine solche Transaktion sehen würde, insbesondere ob sie in dem Verkauf von knapp 48 Prozent der Anteile eine Gefährdung der Eigenständigkeit der VNG AG sehen würde.

(C) **Peter Hintze, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:**

Herr Kollege, das fragen Sie jetzt. Laut Ihrer Frage wollten Sie aber wissen, wie die Bundesregierung den Verkauf rechtfertigt. Eine Rechtfertigungssituation kann aber logischerweise nicht entstehen, weil der Bund keine Anteile besitzt und die Bundesregierung keine rechtlichen Einwirkungsmöglichkeiten hat.

(Manfred Kolbe [CDU/CSU]: Ich kann die Frage auch vorlesen, Herr Staatssekretär!)

– Man hat mir aufgeschrieben –

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

In Frage 18 heißt es:

... und sieht die Bundesregierung hier keine Gefahr, dass die Eigenständigkeit der VNG Leipzig beeinträchtigt wird?

Peter Hintze, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Das war der zweite Teil der Frage. Im ersten Teil der Frage ging es darum, wie wir den Verkauf rechtfertigen. Darauf habe ich unter anderem geantwortet, dass die Prüfung durch das Bundeskartellamt und die Entscheidung der Hauptversammlung, ob der Verkauf überhaupt genehmigt wird, ausstehen. Jetzt fragen Sie mich eher nach einer politischen Bewertung. Darauf will ich wie folgt positiv antworten: Die Bundesregierung hat ein großes Interesse an einer starken, in Sachsen verwurzelten, eigenständigen VNG AG. Im Rahmen unserer Möglichkeiten begleiten wir den Prozess in diesem Sinne. Rechtliche Einwirkungsmöglichkeiten haben wir nicht.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben keine weiteren Fragen.

Die Frage 20 der Kollegin Dr. Gesine Löttsch wird schriftlich beantwortet.

Jetzt rufe ich die Frage 21 des Kollegen Hans-Christian Ströbele auf:

Für welche Empfängerstaaten wie etwa Iran oder China haben die Nokia Siemens Networks oder verbundene Unternehmen wie die Münchener „Perusa Partners Fund 1 LP“ Ausfuhrgenehmigungen gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz beim Bundesausfuhramt beantragt bzw. beantragen müssen und erhalten für Technik zur Überwachung von Stimm- und Datenkommunikation in jeglichen Netzwerken wie die 2008 an den staatlichen iranischen Provider TCI gelieferten sogenannten Monitoring-Center zum millisekundenschnellen Scannen mit Suchbegriffen (vergleiche *Wall Street Journal*, 22. Juni 2009), die nun gegen die iranische Opposition eingesetzt wird, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um künftig sicherzustellen, dass solche Überwachungstechnik zumal einst deutscher Unternehmen nicht in den Zugriff repressiver Regime gelangt?

Peter Hintze, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Präsidentin! Herr Kollege Ströbele, die Antwort lautet: Genehmigungen für die Ausfuhr derartiger Abhörtechnik, das heißt für sogenannte Lawful-Interception-Management-Systeme, in den Iran bzw. nach